

Rede

Stephan Nießner, Präsident Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V. (BLL), beim BLL-Neujahrsempfang 2015

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schmidt,
Sehr geehrte Herr Kühnle,
sehr geehrter Herr Dr. Grugel,
sehr geehrte Frau Toepfer-Kataw,
sehr geehrte Frau Connemann,
sehr geehrter Herr Müller,
sehr geehrte Vertreter der Bundes- und Landesbehörden
sehr geehrte Vertreter der Medien,
liebe Mitglieder und Gäste des BLL,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem Neujahrsempfang hier in der Hauptstadt und wünsche Ihnen allen ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr 2015! Besonders freue ich mich über die bekannten Gesichter von letztem Freitag. Es ist schön, dass wir Sie auf unserem Bonner Empfang in der Redoute so begeistern konnten, dass Sie auch heute da sind. Ich sehe da zum Beispiel Frau Connemann oder auch Herrn Dr. Heider. Wenn ich sage, wir konnten Sie begeistern, dann muss ich das insofern konkretisieren, als es insbesondere auch die spannenden Vorträge von Frau Connemann und des niedersächsischen Ministers Meyer waren, die das Publikum gefesselt haben. Sie, liebe Frau Connemann, haben uns die Vielfalt der Themen verdeutlicht, die in Ihrem Bundestagsausschuss auf den Tisch kommen. Sie haben die Überschrift Ihrer Rede veranschaulicht, die da lautete: „*Was auf den Teller kommt, kommt bei uns auf den Tisch.*“ Herzlichen Dank auch für die lobenden Worte, die Sie für die Arbeit des BLL und unsere Lebensmittelbranche insgesamt aus tiefster Überzeugung gefunden haben.

Wir hatten in Bonn mehr als 150 Gäste, was zeigt, dass es sich lohnt, neben dem Neujahrsempfang hier in Berlin auch weiterhin an dem Bonner Empfang zum Jahresbeginn festzuhalten.

Sehr geehrter Herr Minister Schmidt, herzlichen Dank auch von meiner Seite für Ihre Bereitschaft, heute zu uns und unseren Gästen zu sprechen. Für Sie fing das Jahr mit dem Thema Schutz vor Herkunftsangaben schon ereignisreich an, für uns damit im Übrigen auch. Letzte Woche Montag standen die Telefone in den Presseabteilungen bei BLL und BVE nicht mehr still. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dann verspricht es ein sehr spannendes Jahr zu werden.

Ich habe es letzte Woche in Bonn schon gesagt, für mich ist es eine Ehre Sie zum ersten Mal als BLL-Präsident zum Jahresanfang auch in Berlin begrüßen zu dürfen. Die

letzten acht Monate an der Spitze dieses renommierten Verbands waren sehr lehr- und abwechslungsreich für mich – und zwar nicht zuletzt auch durch diese ungeheure Themenvielfalt, die der Spitzenverband der deutschen Lebensmittelwirtschaft auf seiner Agenda stehen hat. Ein breites Feld, das eine umfassende Expertise voraussetzt. Und ich kann jetzt noch besser als vorher schon bestätigen, dass diese fachliche Kompetenz das höchste Gut des BLL ist, von dem wir alle profitieren können. Es sind dieses Fachwissen und in gleichem Maße das hohe Engagement, die unsere Mitarbeiter in den Geschäftsstellen unseres Verbandes in Berlin und Brüssel auszeichnen. Dafür meinen ganz herzlichen Dank!

Genauso sind auch die Interaktion und der Streitbare Meinungs-austausch gewinnbringend. Deshalb möchte ich an dieser Stelle unseren Dialogpartnern aus Politik, Wissenschaft und von Behördenseite für den sachlichen und konstruktiven Austausch auf Augenhöhe danken. Außerdem möchte ich Ihnen, unseren Mitgliedern, für Ihr Engagement und Ihre tatkräftige Unterstützung danken. Bleiben Sie dem BLL weiterhin so gewogen, denn nur zusammen können wir etwas bewegen.

Und es gibt viel zu bewegen. Wir müssen aufklären und kommunizieren. Denn Unwissenheit ist ein Nährboden für Irrläufer. Das ist eine Erfahrung, die nicht nur uns begleitet in unserer täglichen Arbeit, sondern die auf wesentlich dramatischere Art und Weise gerade wieder in den letzten Tagen und Wochen an unterschiedlichen Schauplätzen zu sehen ist. Es liegt mir fern und ich würde es mir nie anmaßen, hier Vergleiche anzustellen, aber eine Parallele im menschlichen Verhalten ist nicht von der Hand zu weisen: Es geht um Menschen, die nicht ausreichend informiert sind, die nach Antworten suchen und vor allem nach einem Sündenbock. Nach einer einfachen, greifbaren Scheinlösung. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, die es zu stoppen gilt. Scheinlösungen treffen nie den Kern des eigentlichen Problems, sie kratzen an der Oberfläche und bringen – wenn überhaupt – nur kurzzeitig Befriedigung.

Das ist eins der Hauptprobleme des Forderungskatalogs der NCD-Allianz: Sie hat auf den ersten Blick verständliche Forderungen im Kampf gegen die Verbreitung nicht-übertragbarer Krankheiten aufgeführt. Aber die Forderungen sind eben nur auf den ersten Blick verständlich und entpuppen sich bei genauer Betrachtung als zweifelhafte Bevormundungsstrategien. Solche Scheinlösungen, die das Gewissen der politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen beruhigen, aber von denen nicht wissenschaftlich belegt ist, ob sie überhaupt Effekte erzielen, helfen niemandem weiter. Das erinnert schon wieder stark an einen Experimentierkasten.

Zum Beispiel eine Sondersteuer auf zucker- bzw. fettreiche Lebensmittel: Eine Kaloriensteuer ist eine marktlenkende und einseitige Maßnahme, die das Ernährungsverhalten unserer Meinung nach nicht in nachhaltiger Weise beeinflussen kann. Das einzige, was eine solche Steuer erreichen würde, ist eine vom Staat vorgegebene Essenslenkung für weniger gut verdienende Bevölkerungsschichten.

Denn diese wären von einer Teuerung besonders stark betroffen, da sie im Verhältnis gesehen einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Diese sozialen Folgen sehen wir als problematisch und nicht vertretbar an. Denn nicht

ohne Grund gilt gerade für Lebensmittel der ermäßigte Mehrwertsteuersatz. Lebensmittel sind notwendig zum Überleben, deshalb müssen sich alle Bevölkerungsschichten Lebensmittel leisten können. Das erklärt übrigens auch der SPD-Parteivorstand in seinem Beschluss mit dem treffenden Titel „Sichere Lebensmittel dürfen keine Frage des Geldbeutels sein“, den er in seiner Sitzung am 15. Dezember verabschiedet hat. Ich zitiere: *„Gesunde Lebensmittel müssen für alle Menschen in unserem Land verfügbar und auch erschwinglich sein. Diese Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit gesunder Lebensmittel ist ein soziales Grundrecht!“*

Auch Werbeverbote sind – und das zeigen Versuche in anderen Ländern – nicht die richtigen Mittel. Werbung ist ein Grundprinzip unserer Gesellschaft. Den Umgang mit Werbung, die Werbekompetenz lernen wir von klein auf. Außerdem findet Werbung nicht im rechtsfreien, unregulierten Raum statt, es gibt detaillierte gesetzliche Vorgaben, die seit vielen Jahren bestehen, zum Beispiel gegen Irreführung und Täuschung bei der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln. Außerdem existiert eine Reihe von freiwilligen Regelungen und Selbstverpflichtungen der Lebensmittelwirtschaft. So haben die gegenwärtig 40 im Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) zusammengeschlossenen Organisationen unter ihrem Dach den Deutschen Werberat installiert. Das Gremium hat freiwillige Verhaltensregeln über die kommerzielle Kommunikation für Lebensmittel entwickelt, die seit Juli 2009 in Kraft sind. Sie bilden die Grundlage und einen Maßstab für das werbliche Verhalten der gesamten Lebensmittelindustrie, des Handels, der Medien und Agenturen. Im Fokus steht dabei insbesondere die Schutzbedürftigkeit der Kinder.

Dies gilt im Übrigen auch für den EU-Pledge, dessen Regelung sich viele Unternehmen der Lebensmittelbranche mit einem Gesamtetat von circa 80 Prozent des Werbeaufkommens in der EU unterworfen haben.

Der notwendige Lösungsansatz für die Prävention von Übergewicht und Adipositas kann und sollte nicht durch Marktlenkung erfolgen. Herr Minister Schmidt, Ihre Aussagen im Rahmen der ICN2 in Rom fanden wir deshalb sehr begrüßenswert. Sie haben sich gegen regulatorische Maßnahmen ausgesprochen, indem sie unter anderem sagten, ich zitiere:

„Der freiheitliche Staat kann seine Bürger informieren, ihnen aber nicht die Entscheidung abnehmen, wie sie sich ernähren.“

Der Lösungsansatz muss interdisziplinär erfolgen und alle Einflussfaktoren berücksichtigen, vor allem auch das Thema Bewegung. Zu Recht hat die NCD-Allianz in ihrem Strategiepapier deshalb „täglich eine Stunde Bewegung/Sport in der Schule“ gefordert.

Vor allem Kinder und Jugendliche bewegen sich heute deutlich weniger als noch vor ein paar Jahren. Die Ergebnisse der EsKiMo-Studie zeigen gleichzeitig, dass die durchschnittliche Energiezufuhr bei Jungen mit 103 Prozent nur geringfügig über, und bei den Mädchen mit 96 Prozent sogar leicht unter den Empfehlungen der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaften für Ernährung liegt. Auch die Ergebnisse der Nationalen Verzehrsstudie (NVS II) weisen darauf hin, dass sich in

den letzten Jahren weniger die Kalorienaufnahme, sondern vielmehr der Kalorienverbrauch ungünstig verändert hat. Sie zeigen, dass die mittlere Energiezufuhr bei Frauen und Männern den Richtwerten der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für eine Energiezufuhr bei geringer körperlicher Aktivität entspricht.

Ein gewichtiges Problem in diesem Zusammenhang ist der sogenannte „Sitzende Lebensstil“. Zu langes Sitzen geht beispielsweise neben Übergewicht mit einem erhöhten Risiko für Stoffwechselerkrankungen sowie einer verringerten Knochendichte einher. In Maßnahmen der Gesundheitsförderung wird dies bisher zu wenig berücksichtigt. Die Plattform Ernährung und Bewegung, die von InFORM gefördert wird, hat hierzu einen Maßnahmenkatalog entwickelt, zum Beispiel die Entwicklung von Steh-Lernplätzen, die kurze Unterbrechungen der Sitzzeiten in jeder Unterrichtseinheit, eine flächendeckende Einführung des „Walking Bus“, das Einrichten von attraktiven Spiel- und Sport-Pausenhöfen und so weiter. Das sind Projekte, die unterstützenswert sind, die weitergedacht und implementiert werden müssen. Lassen Sie uns gemeinsam geeignete und zielorientierte Präventionsansätze suchen. Ich bin überzeugt, dass uns das gelingen kann!

Zurück zum Thema Aufklärung und Information statt Parolen. „*Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen*“, wusste Immanuel Kant zu berichten. Wir, die Gesellschaft, wir müssen den Verbrauchern diesen Mut geben, in dem wir sie aufklären, ihnen Informationen geben und ihre Kompetenzen stärken. Viele Menschen sind heutzutage von der modernen Lebensmittelproduktion entfremdet. Sie wissen nicht, wie die Lebensmittel, die sie tagtäglich essen, hergestellt werden. Dieser Status ist teilweise auch das Versäumnis unserer Branche. Wir haben jahrelang, weil es nicht gefordert war, weil niemand danach gefragt hat, weil es uns vielleicht auch nicht wichtig erschien, in diesem Bereich die technische Entwicklung und Modernisierung vorangetrieben, ohne den Verbraucher mit ins Boot zu holen. Deshalb ist jetzt höchste Zeit, ihn mitzunehmen, die Türen zu öffnen und zu zeigen, warum unsere Lebensmittel so sicher sind, so qualitativ hochwertig und trotzdem für jeden bezahlbar. Tage der offenen Tür wie unser BLL-Dialog vor Ort, Internetseiten mit Produktionsvideos oder Live-Übertragungen aus dem Stall – Diesen Weg, den wir jüngst eingeschlagen haben, müssen wir weiter gehen. Auch wenn dabei Tatsachen aufs Tableau gehoben und heftig diskutiert werden, die für uns völlig normal sind, aber nicht in die romantischen Vorstellungen idealistischer Weltretter passen.

Wer die öffentliche Debatte verfolgt, bekommt das Gefühl, wir leben bald alle nur vegetarisch oder vegan. Der VEBU geht im Moment von rund 7,8 Millionen Vegetariern (rund 10 Prozent der Bevölkerung) und 900.000 Veganern (1,1 Prozent der Bevölkerung) in Deutschland aus. Das heißt im Umkehrschluss, dass 89 Prozent der Menschen in Deutschland Fleisch essen. Wer sich also hinstellt und die konventionelle Tierhaltung pauschal an den Pranger stellt, der sollte auch so ehrlich sein und zugeben, dass man mit einer rein ökologischen Tierhaltung diesen 89 Prozent keine bezahlbaren Fleisch- und Wurstwaren anbieten kann. Ein Kilogramm herkömmliches Hähnchenbrustfilet kostet circa 10 Euro im Supermarkt, dieselbe Menge Bioware kos-

tet knapp 30 Euro, also das Dreifache. Können wir uns das tatsächlich alle leisten? Und wer jetzt „zurück zum Sonntagsbraten“ vorschlägt, der sollte sich nochmal an den Veggie-Day erinnern.

Was beim Veggie-Day für alle offensichtlich war, ist es bei anderen Bevormundungsstrategien weniger. Fühlen Sie sich bevormundet, wenn Ihr Navigationsgerät Ihnen sagt „In 200 Metern links abbiegen?“ Nein? Ich auch nicht. Aber warum eigentlich nicht? Das fragt sich auch unsere Bundesregierung, denn ein Navigationsgerät ist ein klassischer Nudge, ein sanfter „Anschubser“. „Kanzlerin sucht Verhaltensforscher“ schrieb die FAZ letztes Jahr. Bei der BILD hieß es etwas boulevardesker „Merkel will Psycho-Trainer anheuern“. Und damit war das „Nudging“ in Deutschland, in den Medien und vor allem in der Regierung angekommen. Sie, verehrter Herr Minister Schmidt, sprachen in einem Interview ganz offen, ich zitiere:

„Ein wichtiges Instrument ist das sogenannte ‚Nudging‘. Wir können Erkenntnisse aus der Psychologie nutzen, um junge Menschen sanft zu gesünderer Ernährung zu bewegen. Daran sollten die Schulen genauso mitwirken wie Hersteller oder Einzelhandel. Zum Beispiel lassen sich Verpackungen so gestalten, dass sie weniger anregend auf Kinder wirken. Und es muss auch nicht unbedingt sein, dass an der Kasse immer die Süßigkeiten liegen.“

Ihr Kollege aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Bundesminister Heiko Maas, bekannte ebenfalls: *„Ich halte es für ein interessantes Instrument und würde es gerne mal ausprobieren“*.

Womit wir wieder beim Experimentierkasten wären. Ich hoffe, wir sind uns alle einig, dass die Gestaltung der Märkte ein grundlegendes Recht des Handels ist, ebenso wie die Gestaltung von Verpackungen ein grundlegendes Recht der Hersteller ist. Für staatlich verordnete Experimente ist da kein Raum. Aber auch wenn es nur ein „Anstupsen“, ein Nudging sein soll, bleiben bei aller Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen und praktischen Ansätzen Fragen offen. Wenn mein Zahnarzt mir am Ende des Jahres eine Erinnerung schickt, dass ich noch nicht zum jährlichen Vorsorgetermin erschienen bin, dann ist das das Eine. Wenn ich aber meinen Einkaufswagen mit einem permanent schlechten Gewissen durch den Supermarkt schiebe, weil nur Produkte mit roten Punkten darin liegen und ich das Gefühl habe, dass ich etwas unerwünschtes tue, dann ist das was anderes.

Wer entscheidet eigentlich, was sozial erwünscht ist? Wer hat das Recht zu wissen, was für andere gut ist? Sollten wir nicht aufpassen, dass am Ende nicht die Oberen, die Wissenschaftler und politischen Entscheider, ein Urteil fällen über das Leben anderer sozialer Schichten, indem sie ihnen sagen, wie sie sich „gut“ verhalten? Vielleicht sagen Sie, sehr geehrter Herr Minister Schmidt, nachher ein paar Worte dazu. Auch, welche Rolle die Wirtschaft beim Nudging spielen könnte. Denn was für die Konsumenten ein sanfter Schubser in die gewünschte Richtung sein soll, könnte für die Wirtschaft zu weitreichenden Verpflichtungen führen.

Ich habe gerade die Nährwertampel schon angesprochen. Diese Form der Nährwertkennzeichnung wird immer wieder bemüht als das Beispiel, wie man Verbrau-

chern hilfreiche Informationen an die Hand geben könnte. So muss die Ampel exemplarisch für einen Nudge herhalten, aber sie wurde auch jüngst als Beispiel des neugegründeten und bundesweit einzigartigen Forschungszentrums für Verbraucherthemen bemüht. Sieben Forschungsinstitutionen der Hauptstadt beteiligen sich am neuen Berlin Centre for Consumer Policies (BCCP), das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung angesiedelt wird. Seine Arbeit soll das BCCP im Frühjahr aufnehmen. Das Ziel: Optimale Grundlagen für bessere Politik und Gesetze zu legen. Auch hier dürfen wir also gespannt sein, zu welchem Ergebnis die Experten kommen. Wir – und auch die ernährungswissenschaftlichen Fachgesellschaften – sind nach wie vor der Auffassung, dass die Ampel nicht zielführend ist. Sie ist nicht objektiv, sie ist stigmatisierend und sendet dem Konsumenten falsche Signale. Rot ist nicht immer schlecht und grün nicht immer gut und wenn ich alle drei Farben bei verschiedenen Nährstoffen auf einem Lebensmittel habe, bin ich bestenfalls genauso schlau wie vorher. Die Nährwertampel ist als Maßnahme gegen die Verbreitung von Übergewicht untauglich und irreführend und führt weg von dem Erfordernis einer ausgewogenen Ernährung und eines gesunden Lebensstils.

Was erwartet uns nun 2015? Eine Etablierung dessen, was 2014 neu war? Das Jahr 2014 war geprägt von Neuerungen. Die Ende 2013 gewählte Große Koalition nahm die Arbeit auf. Das für uns zuständige Ministerium, das BMELV, musste seine Kräfte auf die Bereiche Ernährung und Landwirtschaft „konzentrieren“ und verlor sein „V“, wurde also zum BMEL. Der wirtschaftliche Verbraucherschutz zog in das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ein, das damit ein „V“ hinzugewonnen hat und ab sofort BMJV hieß. Immerhin verblieb aber der ernährungspolitische Verbraucherschutz im BMEL. Diese Reorganisation der Fachabteilungen führte zu einer zwischenzeitlichen Lähmung der ministeriellen Arbeit, was sich unter anderem in der deutlich verspäteten Vorlage des Entwurfes zur Allergenkennzeichnung bei loser Ware äußerte.

Und als wäre das nicht genug Umstellung und Neugewöhnung gewesen, hatten wir 2014 auch gleich zwei Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Viele Antrittsbesuche wurden absolviert, Gespräche geführt und Positionen verdeutlicht. Wir haben klar unsere Erwartungshaltung gegenüber dem Ministerium geäußert, nämlich die berechtigten Belange der Land- und Ernährungswirtschaft wieder verstärkt in den Blick zu nehmen. Und diese Erwartung, sehr geehrter Herr Bundesminister, dass die Faktoren Wettbewerbsfähigkeit, Praktikabilität, Rechtssicherheit, Verhältnismäßigkeit und Vermeidung einer regulativen Verbotspolitik bei der Politikgestaltung des BMEL neben dem gesundheitlichen Verbraucherschutz eine maßgebliche Rolle spielen müssen, besteht natürlich weiterhin.

Ebenfalls eine Neuerung zum Jahresende: Die Etiketten. Der Geltungsbeginn der Lebensmittelinformations-Verordnung war schon im Vorfeld für den BLL mit einer umfassenden Mitgliederberatung hinsichtlich der zahlreichen Fragen mit Blick auf Auslegung und Anwendung dieser umfangreichen EU-Verordnung verbunden. Wir haben beispielsweise den Mitgliedern mit Leitfäden und diversen Seminaren und

Workshops praktische Tipps zur Unterstützung an die Hand gegeben. Auch die Presse haben wir gezielt informiert mit einem eigenen Presseseminar und einer Informationsgrafik, die zum Dauerbrenner im Netz wurde und tausendfach, auch in den sozialen Netzwerken, verbreitet wurde. Zum Stichtag am 13. Dezember 2014 häuften sich dann auch die Presseanfragen für Rundfunk und Print. Schließlich haben wir am Jahresende in zwei komplett ausgebuchten Seminaren mit der amtlichen Lebensmittelüberwachung, die ja genauso wie die Wirtschaft von Auslegungsfragen betroffenen ist, unsere Interpretation der LMIV vermittelt. Es gibt nämlich nach wie vor viele Fragen zur „richtigen“ Interpretation und Anwendung der neuen Vorschriften, die erst im Rahmen der Umsetzung der LMIV in der Praxis aufgekommen sind. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber bestimmte Entscheidungen erst noch treffen muss, so etwa die zu Kriterien für die Angaben „vegetarisch“ und „vegan“, die zu Kennzeichnungsschwellenwerten für die Allergen Kennzeichnung, die für die Verwendung von Symbolen bei der Nährwertkennzeichnung oder auch die zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung bei einer Vielzahl von Produkten. Die LMIV ist auf Änderungen ausgelegt und wird uns deshalb in den kommenden Wochen und Monaten weiter intensiv beschäftigen und dann ggf. für erneuten Änderungsbedarf bei den Etiketten sorgen. Der BLL hat nicht nur mit seinen Aktionen rund um die LMIV starke Akzente gesetzt, sondern seine Rolle als kompetenter Ansprechpartner in vielen Themengebieten deutlich gemacht. Als weiteres Beispiel möchte ich auch hier noch einmal das zweitägige Symposium zum Thema „Lebensmittelkontrollen“ anführen, bei dem hochrangigen Experten aus allen beteiligten Kreisen die Thematik Lebensmittelkontrollen in ihrer ganzen Bandbreite umfassend aufgearbeitet und intensiv mit den knapp 200 Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft diskutiert haben.

Wir haben mit der Agenda 2020 zudem einen internen Prozess angestoßen zur Kräftebündelung, mit dem wir den BLL zukunftssicher für die Anforderungen der analogen und digitalen Welt gestalten werden. Für diesen Prozess ist das Jahr 2015 prädestiniert, denn der BLL wird 60 Jahre jung. Am 10. März 1955 wurde der BLL in Nürnberg auf Initiative führender Persönlichkeiten aus Lebensmittelindustrie, -handwerk und -handel gegründet. Der erste Präsident hieß Dr. Walter Kraak. Das ist nun 60 Jahre her. 60 Jahre, in denen sehr viel passiert ist, sich vieles geändert hat, aber viele Probleme doch noch dieselben geblieben sind. Wir werden zeigen, warum 60 Jahre nach der Gründung die Idee „BLL“ mehr denn je gefragt ist. Der BLL ist in seiner Zusammensetzung einzigartig und für die Lebensmittelbranche unverzichtbar. Wir arbeiten die ereignisreiche Geschichte unseres Verbandes und des Lebensmittelrechts auf. Dazu gehört unter anderem eine Festschrift der modernen Art, in der 60 Stimmen zu Wort kommen. 60 Wegbegleiter aus verschiedenen Bereichen, die repräsentativ für die Arbeit des BLL sind. Freuen Sie sich auf unterhaltsame Anekdoten, lobende Worte und konstruktive Kritik. Mehr will ich auch noch gar nicht dazu verraten, Sie werden es in den kommenden Wochen mitbekommen und – sozusagen als Höhepunkt – live bei den großen Feierlichkeiten im Rahmen der Jahrestagung am 23. April miterleben.

In diesem Sinne wünsche Ihnen jetzt alles Gute für das kommende Jahr, lassen Sie uns gemeinsam nach vorne blicken und nun freuen wir uns auf die Ideen und Vorhaben der Politik 2015. Lieber Herr Bundesminister Schmidt, Sie haben das Wort!